

Die LNG-Versorgungssicherheit der EU: Ausreichende Kapazitäten oder Stranded Assets?

Frank Umbach

Im Gefolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine waren die Europäische Union und Deutschland gezwungen, unter anderem auch ihre Flüssiggasimporte (LNG) deutlich zu steigern und die dazu erforderliche Infrastruktur auszubauen. Mittlerweile ist die EU Weltmarktführer bei LNG-Importen. Auch Deutschland will in Rekordzeit Speicher- und Importterminals errichten und kommt dabei schnell voran. Inzwischen wird Kritik in Richtung potenziell überdimensionierter LNG-Importkapazitäten geäußert. Dieser Artikel analysiert den schwierigen strategischen Balanceakt zwischen einer resilienten Gasversorgungssicherheit und konkurrierenden (Klima)zielen.

Die übermäßige Abhängigkeit Europas von russischen Gas(pipeline)importen ist seit der militärischen Invasion des Kremls in der Ukraine im Februar 2022 deutlich geworden. Bereits kurz zuvor hatte Deutschland den Zertifizierungsprozess der russisch-deutschen Gaspipeline Nord Stream-2 (NS-2) gestoppt. Mit dem militärischen Einmarsch beschloss die Bundesregierung nicht nur, die zukünftige Zertifizierung und den Betrieb von NS-2 endgültig aufzugeben, sondern stimmte auch zu, bis Ende 2024 künftig vollständig auf russische Gasimporte zu verzichten. Die EU folgte, die Importe aller fossilen Brennstoffe aus Russland bis spätestens 2027 einzustellen. Im Jahr 2021 exportierte Russland noch 155 Mrd. m³ (bcm) Pipelinegas und rund 15 bcm LNG nach Europa – das entspricht rund 50 % der gesamten EU-Gasimporte von 338 bcm im Jahr 2021.

Russlands Agieren in der Retrospektive

Russland hat die europäischen Gasmärkte wiederholt seit den 1990er Jahren manipuliert, auch wenn sich dies vor allem auf Osteuropa und Zentralasien beschränkte [1]. Doch bereits seit dem Frühsommer 2021 wurden auch Westeuropa und Deutschland zum Ziel des Kremls, als Gazprom kein zusätzliches Gas für die europäischen Gasspeicherstätten lieferte und die Befüllung seiner in Europa kontrollierten Gasspeicher durch alternative Importe zugleich verhinderte. Zugleich machte der Kreml solch zusätzliche Lieferungen von einer schnellen Zertifizierung von NS-2 (vor Beginn der neuen deutschen Koalitionsregierung) und der Unterzeichnung neuer langfristiger Gasverträge abhängig.



Flüssiggastanker auf hoher See

Bild: Adobe Stock

In der Retrospektive war dieses russische Agieren eine Art Warnsignal an Deutschland und die EU, sich im wenige Monate später eskalierenden Ukraine-Konflikt neutral zu verhalten und nicht militärisch oder durch Wirtschaftssanktionen zu intervenieren. So erfolgte das Nichtbereitstellen von zusätzlichem Gas für die Gasspeicher zeitgleich mit Putins revisionistischem Brief „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ im Juli 2021 auf der Kreml-Webseite, in der jegliche politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Unabhängigkeit sowie Souveränität der Ukraine offiziell in Abrede gestellt wurde.

Im Jahr 2022 begann Russland, seine Gaslieferungen nach Europa nach Verhängung der westlichen Sanktionen gegen seine militärische Invasion ab Juni zu reduzieren.

Schließlich stoppte Gazprom Ende August letzten Jahres alle Gaslieferungen über Nord Stream-1 (NS-1), nachdem bereits seit 2021 kein Gas mehr über Belarus nach Polen und Europa weitergeleitet wurde, da Polen keinen neuen Gasvertrag mit Gazprom mehr unterzeichnen wollte. Damit entfielen jährlich 55 bcm für die Gasnachfrage Deutschlands (Gasverbrauch 2022: 82 bcm und 94 bcm in 2021) und seiner EU-Nachbarstaaten.

Infolgedessen waren die Bundesregierung und die EU-27 gezwungen – neben dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz und Energieeinsparung (19,2% zwischen August 2022 bis Januar 2023) sowie dem Ersatz der Verwendung von Erdgas durch Kohle oder Öl in der Industrie und in den Kraftwerken –, ihre Flüssiggasimporte (LNG) um 70 %

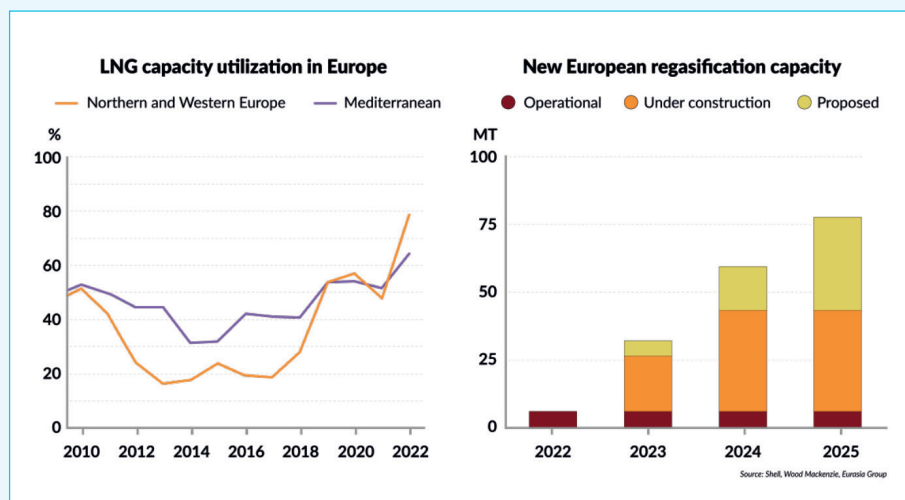


Abb. 1 Neue LNG-Regasifizierungskapazität (2022-2025) und LNG-Kapazitätsauslastung (2010-2022)

Quelle: GIS/Eurasia Group 2023

(+55 bcm) auf 132 bcm (und 170 bcm in Europa) im Jahr 2022 zu erhöhen. Die EU wurde damit zum Weltmarktführer bei LNG-Importen. Im Jahr 2021 verfügte die EU über 29 große LNG-Importterminals mit einer Jahreskapazität von 237 bcm (s. Abb. 1).

In 2022 hat Deutschland mit seinem LNG-Beschleunigungsgesetz beschlossen, in Rekordzeit bis zu 7 schwimmende Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRUs – schwimmende LNG-Import-Terminalschiffe) zu leasen und drei feste Onshore-LNG-Importterminals an seiner Küste sowie neue LNG-

Importterminals zu errichten sowie hierfür Anschlusspipelines von seinen LNG-Importterminals an sein bestehendes Gasnetz zu bauen [2]. Infolge massiven lokalen Widerstandes auf der Insel Rügen soll nun jedoch nicht 5 km vom Ostseebad Sellin entfernt ein FSRU-Terminal errichtet werden, sondern im Hafen Mukran auf Rügen. Doch auch hier ist die lokale Ablehnung groß. Die Anmietung von drei FSRUs während des laufenden Winters seit Dezember letzten Jahres hat Deutschland – zusammen mit einem milden Winter und der Gaseinsparung von Haushalten und Industrie – geholfen, Unter-

brechungen der Gasversorgung und größere Stillstände der industriellen Produktion sowie des verarbeitenden Gewerbes zu vermeiden.

Gegenwärtig sind drei LNG-Importterminals in Wilhelmshaven, Lubmin und Brunsbüttel mit einer Jahreskapazität von 13,5 bcm bereits im Betrieb, die im Jahr 2024 auf eine jährliche LNG-Importkapazität von 37 bcm und ab 2027 auf 54 bcm zunehmen wird. Bis Ende des Jahres werden in Deutschland drei weitere FSRUs in Betrieb genommen. Sollten alle drei gegenwärtigen FSRUs nach 2027 noch im Betrieb sein, könnte diese Kapazität auf bis zu 71 bcm weiter ansteigen.

Eine kritische Studie, die von einer mittelfristigen deutschen LNG-Importkapazität von 73-100 bcm in 2030 ausging, warf der Bundesregierung eine Verdoppelung der Importkapazitäten gegenüber den früheren russischen Gasimporten vor. Dies aber würde den Zielen der Klimaschutzpolitik widersprechen und zu Stranded Assets überdimensionierter LNG-Importkapazitäten führen, zumal auch die Gaspipelineimporte aus Belgien, den Niederlanden und Frankreich und Norwegen erhöht wurden [3]. Von den 75 bcm jährlichen Gaspipeline-Importen Deutschlands in 2022 lieferte Norwegen allein 45 bcm, während 20 bcm aus Belgien und Frankreich erfolgten.

Gleichzeitig ging die Gasförderung in der EU um weitere 8 % zurück. Europas größtes Gasfeld in Groningen (Niederlande) – mit einer jährlich reduzierten Produktion von 2,8 bcm – wird seine Produktion noch in diesem Jahr vollständig einstellen.

Da auch andere EU-Mitgliedstaaten ihre LNG-Importkapazitäten ausbauen, werden die neu geplanten zusätzlichen Kapazitäten von Umweltorganisationen und einigen Ökonomen auch mit Blick auf EU-weite LNG-Überkapazitäten kritisiert [4]. Aus ihrer Sicht werden diese neuen zusätzlichen Gasimportkapazitäten in Deutschland und der EU nicht wirklich benötigt, so dass eine wirtschaftlich profitable Auslastung nicht gegeben sei. Dies widerspreche auch dem neuen RePowerEU-Aktionsplan von 2022, den Gasverbrauch bis 2030 um 30-40 % zu senken. Damit sei das angestrebte Emissionsreduktionsziel von

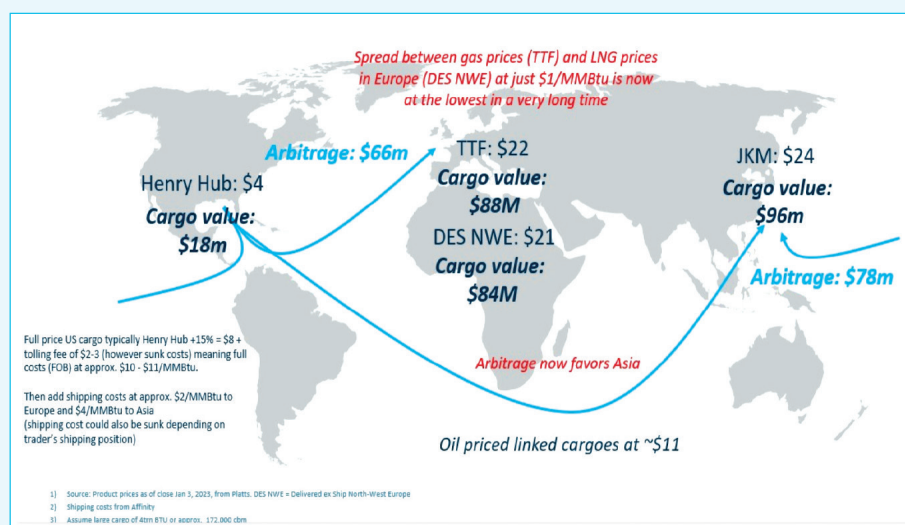


Abb. 2 Stand der LNG-Produktmarktöffnung am 3. Januar 2023

Stand der LNG-Produktmarktöffnung am 3. Januar 2023

-55 % bis 2030 nicht erreichbar, selbst wenn diese Importterminals für den Import von grünem Wasserstoff und Ammoniak bis dahin umgerüstet würden.

Die Frage nach potenziell überdimensionierten LNG-Importkapazitäten läuft auf einen strategischen Zielkonflikt bei zwei konkurrierenden Zielen der EU hinaus – nämlich zwischen einer resilienten Gasversorgungssicherheit und den proklamierten Klimazielen der EU. So muss die EU im nächsten Winter 2023/24 in Europa völlig ohne russisches (Pipeline-)Gas auskommen und es könnte sich daher noch schwieriger gestalten als im letzten Winter, um die Gasversorgung mit alternativem nicht-russischem Gas zu gewährleisten und größere Gasversorgungsunterbrechungen für ihre Industrien sowie Haushalte zu vermeiden. Die IEA hat für dieses Jahr eine potenzielle Versorgungslücke bei der Sicherstellung der jährlichen europäischen Gasnachfrage von 40 bcm festgestellt. Darüber hinaus sind die europäischen Gaspreise immer noch siebenmal höher als in den USA und die Strompreise dreimal so hoch sind wie in China, was die globale industrielle Wettbewerbsfähigkeit der EU gefährdet (s. Abb. 2).

Faktoren der EU-Gasversorgungssicherheit und ihre LNG-Nachfrage

Die akute europäische Energiekrise von 2022 scheint zumindest teilweise ihre Brisanz verloren zu haben. Die Gas- und Strompreise sind deutlich gefallen, bleiben aber im historischen Vergleich hoch. Die LNG-Importe waren im Winter ausreichend gesichert, und die deutschen Gasspeicherkapazitäten sind mit rund 64 % im März im Vergleich zu den Vorjahren saisonal hoch, so dass bis zum Herbst die zusätzliche Beschaffungsmenge von LNG zur Auffüllung der Gasspeicher für den nächsten Winter reduziert wird. Die EU hat es zum Leidwesen des Kremls geschafft, den russischen Gasdrückversuchen zu widerstehen und die europäische Gas- und Energiesicherheit trotz aller Probleme zu stärken. Zu Beginn des neuen Jahres waren die europäischen Erdgaspreise um mehr als 75 % von ihrem Höchststand bis zum 26. August

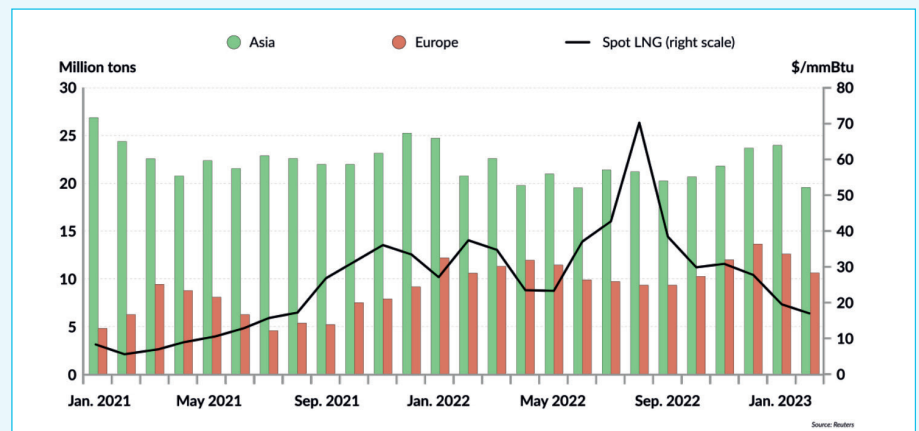


Abb. 3 LNG-Importe und Spotpreisentwicklung in Asien versus Europa

Quelle: GIS

2022 gesunken, nachdem die durchschnittlichen Spotpreise zeitweise sechsmal so hoch waren wie in der Vergangenheit (s. Abb. 3).

In diesem Jahr werden die USA Europas größter Gaslieferant werden und damit Russland ablösen. Auch global werden die USA Katar als weltweit größten LNG-Exporteur schneller als bisher erwartet überflügeln. Die USA waren zudem der einzige Gasproduzent weltweit, der seine Gasproduktion und seine LNG-Exporte in den letzten zwei Jahren deutlich steigern konnte.

Im Jahr 2022 hatte der flexible globale LNG-Markt wesentlich zu steigenden europä-

ischen LNG-Importen beigetragen, da die USA, Katar und afrikanische Exporteure Lieferungen nach Europa erhöht und auch häufig umgeleitet haben. Bis 2025 werden neu hinzugekommene LNG-Importkapazitäten jedoch im Gegensatz zu den Folgejahren sehr begrenzt sein und die Balance zwischen Angebot und Nachfrage kaum verbessern, so dass auch größere Preissenkungen auf ein Niveau wie 2021 kaum realistisch sind (s. Abb. 4).

Die EU profitierte im letzten Jahr auch von der Entscheidung Chinas, seine LNG-Importe im vergangenen Jahr um 21 % (rund 20 bcm/y) zu senken (im Gegensatz zu seinem ursprüng-

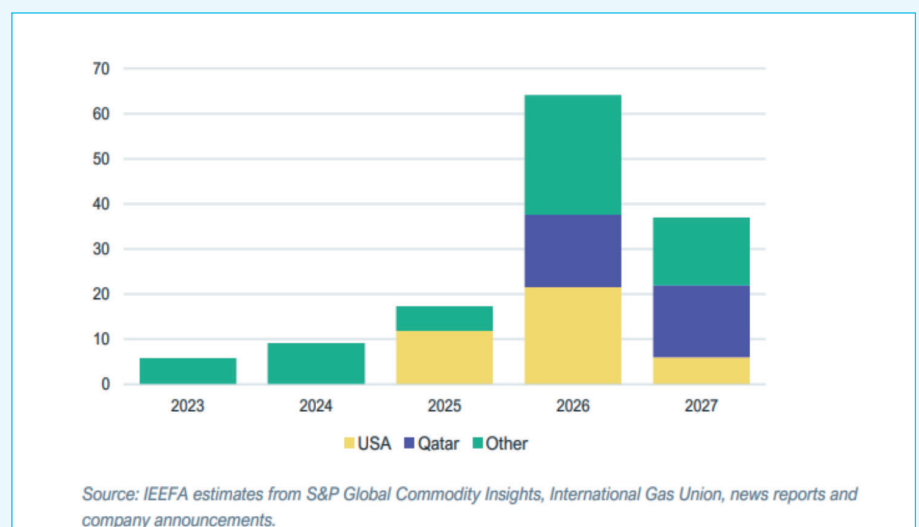


Abb. 4 Geschätzte Zunahme der LNG-Verflüssigungskapazitäten 2023-27

Quelle: Eurasia Group/IEEFA 2023

lichen Plan, seine LNG-Importe um fast 20 % zu erhöhen). Dies war jedoch kein geopolitischer Gefallen an die EU, sondern Resultat der präzedenzlos hohen globalen LNG-Preise und der chinesischen Regierung, den LNG-Import zu reduzieren, statt auszubauen und auf einen viel billigeren Kohleverbrauch zulasten der globalen Klimaschutzpolitik zu setzen.

Auch für dieses Jahr ist China die wichtigste „Wild Card“ für die weltweite Entwicklung der LNG-Nachfrage mit einem Unsicherheitsfaktor von bis zu 40 bcm. Jeder größere Anstieg der LNG-Importe in China erhöht die Unsicherheit, ob die EU rechtzeitig für den nächsten Winter neue ausreichende LNG-Lieferungen auf den Spotmärkten kurzfristig abschließen kann. So geht die IEA davon aus, dass China in diesem Jahr rund 80 % der in diesem Jahr global zur Verfügung stehenden zusätzlichen 23 bcm importieren wird.

Zudem haben deutsche und andere europäische Gasunternehmen aufgrund der Unsicherheiten der EU-Gasnachfrage bis 2030 einen erheblichen Wettbewerbsnachteil auf dem globalen LNG-Markt. Zwar sind sie in einem globalen Bieterwettstreit fähig, höhere LNG-Preise als viele ihrer weltweiten Konkurrenten zu bezahlen und konnten daher auch im letzten Jahr große zusätzliche Mengen kurzfristig auf dem Weltmarkt einkaufen. Allerdings sind viele LNG-Exporteure, die Milliardeninvestitionen in neue Gasfelder und Gasinfrastrukturen für den Export investieren müssen, primär interessiert, neue langfristige Exportverträge für ihre LNG-Ausfuhren abzuschließen. So sind europäische Gasimporteure mit Blick auf die geplante Gasverbrauchsreduzierung um bis zu 40 % bis 2030 nur bereit, für 8-10 Jahre neue LNG-Importverträge zu unterzeichnen. Demgegenüber hat China z.B. im Oktober und November letzten Jahres derartige LNG-Importverträge sogar für 27 und 30 Jahre mit Katar abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund hofft die EU, dass ihre neu etablierte gemeinsame Gasbeschaffungsplattform, die vor dem nächsten Sommer ihren Betrieb aufnimmt, in den kommenden Monaten auch die Koordinierung der Nachfragebündelung und des gemeinsamen Einkaufs von zunächst jährlich 24 bcm

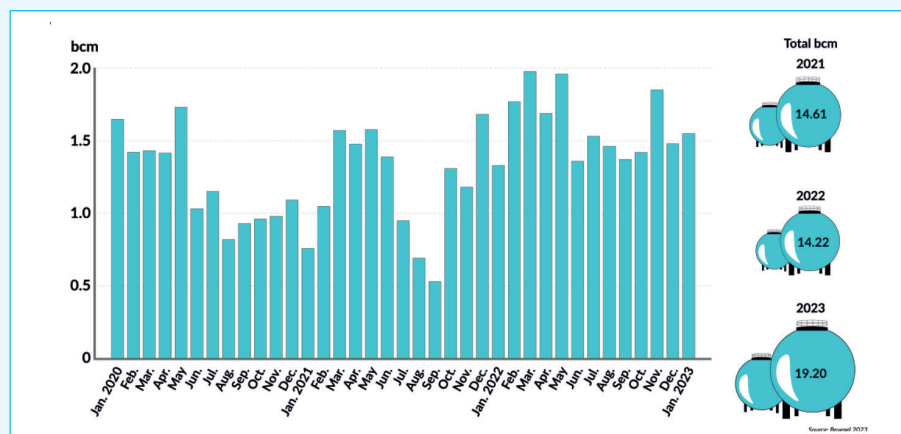


Abb. 5 EU-LNG-Importe aus Russland (01/2020-01/2023)

Quelle: GIS/Bruegel 2023e

erleichtern wird, was auch zuverlässige Preisbenchmarks schaffen könnte.

Putins Fehlkalkulationen und die Zunahme russischer LNG-Exporte nach Europa

Der russische Präsident Vladimir Putin hat sich gleich mehrfach verspekuliert, dass Russlands Gaslieferstopp im August 2022 eine größere europäische Energiekrise verursachen würde, die den politischen Willen des Westens untergrabe, die Ukraine militärisch und finanziell zu unterstützen. Allerdings konnte Russland seine LNG-Produktion um 2,9 % auf 45,7 bcm im Jahr 2022 steigern. Damit ist Russland nach den USA und Katar der drittgrößte LNG-Lieferant Europas.

Doch die Steigerung der russischen LNG-Exporte in die EU-27 um bis zu 35 % von 14,22 bcm im Jahr 2021 (18 bcm nach ganz Europa) auf 19,2 bcm in 2022 (20,2 bcm nach ganz Europa) hat die Frage der politischen Glaubwürdigkeit der Energiesanktionen der EU aufgeworfen. Die größten Importeure von russischem LNG in 2022 waren Frankreich (7,4 bcm), Spanien (5,2 bcm) und Belgien (3,0 bcm). Dabei nahmen die Importe von Frankreich und Belgien um 58 % und Spanien um 50 % zu. Griechenland, Italien und die Türkei hatten 2022 erstmals russisches LNG importiert. Inzwischen hat die EU-Energiekommissarin Kadri Simson am 1. April ein neues Gesetz angekündigt, das russischen Gaskonzernen den LNG-Verkauf durch Buchung von Importkapazitäten verbieten soll (s. Abb. 5).

Russlands Anteil an den Gasimporten der EU ist bereits von zuvor 40 auf weniger als 10 % im vergangenen Jahr gesunken. Bis 2030 könnte sich der Anteil Russlands auch am weltweiten Öl- und Gashandel halbieren. Die Einnahmen aus fossilen Brennstoffen könnten parallel zu den sich beschleunigenden Dekarbonisierungsprozessen der EU und der Welt noch weiter zurückgehen. Die Wasserstoff-Ambitionen sind ohne die Zusammenarbeit mit europäischen und US-Energieunternehmen kaum realistisch. Während Moskau seine Bemühungen um die Umleitung von Öl- und Gasexporten auf die asiatischen Märkte in 2022 verstärkt hat, kann der Mangel an Gasinfrastrukturen (wie weitere Pipelines nach China und Asien) allenfalls in 5-10 Jahren überwunden werden, ohne dass allerdings die Aussicht besteht, dass Russland den Verlust der europäischen Märkte vollständig kompensieren kann und die asiatischen Gasmärkte vor dem Hintergrund weiterer Milliardeninvestitionen in neue Gasinfrastrukturen auch nur ansatzweise vergleichbar profitabel sein können.

Einschätzung der EU-Gegenmaßnahmen zur Stärkung der Gas- und Energieversorgungssicherheit

Auf Seiten der EU werden die kostspieligen Gegenmaßnahmen auf die wirtschaftlichen und energiepolitischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf bis zu 800 Mrd. € für die Bewältigung der reduzierten Wirtschafts-

tätigkeiten, der Bekämpfung der Energiewende und der Investitionen in neue Energieinfrastrukturen sowie der Beschleunigung des grünen Energieumbaus anwachsen. Allein der REPowerEU-Plan kostet rund 300 Mrd. €, um die Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft zu beschleunigen und die russischen Importe fossiler Brennstoffe bis 2027 durch alternative Gas- und Ölimporte sowie den Ausbau von erneuerbaren Energien und Wasserstoffprojekten zu ersetzen. Deutschlands Ausgaben für die Energiekrise infolge der Ukraine-Krise werden allein auf fast 270 Mrd. € beziffert und stellen damit alle anderen EU-Länder in den Schatten.

In kurz- und mittelfristiger Perspektive erscheint es völlig unwahrscheinlich, dass die zerbrochenen Beziehungen zwischen Russland und Europa gekittet werden können. Darüber hinaus dürfte auch die NS-2-Gaspipeline unter keinen politischen Umständen in Betrieb genommen werden, da die EU beschlossen hat, sich bis spätestens 2027 und Deutschland bereits bis Ende 2024 von allen fossilen Energieimporten aus Russland zu befreien. Eine Wiederaufnahme und Finalisierung der NS-2-Zertifizierung ist ebenso unrealistisch, da sie der Unterstützung der Europäischen Kommission und de facto auch der EU-Mitgliedstaaten bedarf. Darüber hinaus benötigen weder Deutschland noch die EU die NS-1- und/oder NS-2-Gaspipelines für die Gasversorgungssicherheit Deutschlands und der EU, da beide über ausreichende LNG- und Pipelineimportkapazitäten verfügen und die EU-27 ihren Gasverbrauch um 30-40 % bis 2030 reduzieren will.

Die Frage ist vorerst eher, ob die bestehenden Leitungstransportkapazitäten an Land von den Importterminals an der Küste zu den einzelnen Ländern und Verbrauchszentren (wie Bayern in Deutschland, dessen Gasversorgung bis 2022 zu 90% von russischen Gaspipeline-Lieferungen abhängig war) ausreichen werden. So verfügt z.B. Spanien zwar über die größten LNG-Importkapazitäten der EU, kann aber sein LNG nicht über größere Pipelinekapazitäten nach Frankreich und damit auch nach Deutschland sowie mitteleuropäische Staaten weiterleiten.

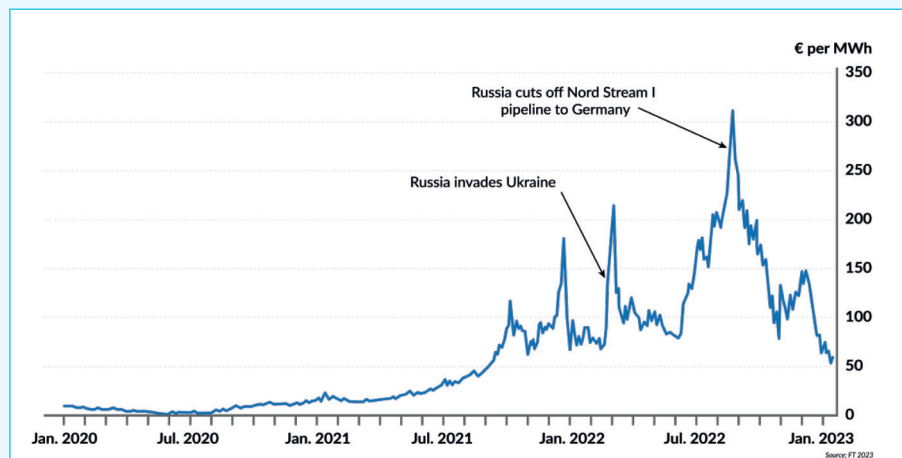


Abb. 6 Europäische Gaspreisentwicklung (01/2020-01/2023)

Quelle: FT 2023

Da kein Gas mehr über die NS-1-Pipeline nach Deutschland fließt, ist nicht nur Deutschland von dem russischen Gasexportstopp über diese Route und einer Reduzierung des Gasexportes über die Ukraine nach Europa betroffen, sondern auch Nachbarländer Deutschlands, die bisher über die Opal-Verbindungs-pipeline mit russischem NS-1-Gas versorgt

wurden, da Russland mittels seiner Gaswaffe versucht, das Land zu destabilisieren, solange sie ihr Ziel einer EU-Mitgliedschaft nicht aufgibt. Seit Herbst 2021 hat Moldawien begonnen, auch Gas aus Rumänien und der Ukraine zu importieren.

Während die russischen Gasexporte nach

Tschechische Republik	9 bcm
Slowakei	3 bcm
Österreich	9 bcm
Ukraine	8 bcm (Importe)
Republik Moldau	3 bcm
Gesamter jährlicher Importbedarf:	32 bcm

Mangels Eigenförderung – mit Ausnahme der Ukraine – ist der Gasbedarf dieser Länder mit dem Gasimportbedarf weitgehend gleichzusetzen

Tab. Jährlicher Gas(import)bedarf der mittel- und osteuropäischen Länder im Jahr 2021

Quelle: BP 2022

wurden. Dies trifft insbesondere für die „Energie- und Gasinseln“ wie Tschechien, Österreich, die Slowakei und sogar die Ukraine zu, die auch – trotz russischer Blockadeversuche – mittels der Gasumkehrflussmöglichkeiten in den letzten Jahren u.a. auch russisches NS-1-Pipelinegas von seinen westlichen EU-Nachbarn importiert hatte (rund 8 bcm in 2021) (s. Abb. 6 und Tab.).

Die von Russland seit 2021 drangsaliertere Republik Moldau, die bis 2021 zu 100 % von Gazprom-Lieferungen über die Ukraine abhängig war, muss ihre Gasimporte diversifi-

zieren, da Europa über die Ukraine von den in 2019 vertraglich vereinbarten 42 bcm pro Jahr auf nur noch 18 bcm im Jahr 2022 reduziert wurden, sind die russischen Gasexporte über die Ukraine von Gazprom seit Januar dieses Jahres weiter gesenkt worden. Auch die IEA geht nur noch von russischen Gaslieferungen über die Ukraine in einem Umfang von nicht mehr als 10 bcm in 2023 aus. Insgesamt dürften die russischen Pipelinegasexporte nach Europa (unter Berücksichtigung der 15,75 bcm Kapazität der Turk Stream-2-Gaspipeline über die Türkei) somit nur noch rund 25 bcm erreichen. Mit Blick auf den Vorwurf über-

dimensionierter deutscher LNG-Importkapazitäten muss zunächst festgehalten werden, dass hierfür der deutsche Gasbedarf allein als Bezugsgröße völlig unzureichend ist, weil Deutschland integraler Bestandteil des europäischen Gasbinnenmarktes ist und sowohl vertragliche Gaslieferungsverpflichtungen seitens der deutschen Gasunternehmen für die Nachbarstaaten bestehen als auch (außen-)politische Verpflichtungen innerhalb der EU. Die Vertragsverpflichtungen auf Seiten der Unternehmen enden nicht automatisch mit dem Wegfall der russischen Gaslieferungen über NS-1- und die Opal-Pipelines.

Darüber hinaus ist die Bundesregierung (außen-)politisch und auch verfassungsrechtlich an das EU-Kernprinzip der „Energiesolidarität“ gebunden, welches im Lissabon-Protokoll und im Dokument zur Energieunion sowie in zahlreichen Energieregulativen verankert ist, wie der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) im Jahr 2021 in seiner Opal-Entscheidung klargestellt hat. Wenn Deutschland dieser Verfassungsnorm nicht gerecht wird, können die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Deutschland vor dem EuGH verklagen, gegen dieses verfassungsrechtliche Kernprinzip erneut verstoßen zu haben. Dies aber kann sich künftig keine Regierung des größten EU-Mitgliedslandes mehr leisten. Daher muss auf Seiten der Bundesregierung auch der Gasbedarf und die Gasversorgungssicherheit der Nachbarstaaten sowie der EU-27 als Ganzes stets mitbedacht werden.

So geht die Bundesregierung gegenwärtig von einem Mindestimportbedarf von jährlich durchschnittlich 6-7 bcm in den Nachbarstaaten Tschechien, Österreich, der Slowakei, aber auch der Ukraine und sogar Moldawiens aus, der über die deutschen LNG-Importterminals (zusätzlich zu den anderen Importrouten) mit sichergestellt sein muss [5]. In kälteren Wintertagen und bei Ausfall von Importmengen über andere Routen (was für die Gasversorgungssicherheit ebenfalls stets mitbedacht werden muss, da Versorgungssicherheit niemals auf Best-Case-Szenarien basieren darf) könnte sich dieser Durchschnittswert von jährlich 6-7 bcm saisonal aber auch verdoppeln. Zudem befürchten sowohl die norwegi-

sche als auch die deutsche Regierung, EU und NATO, dass Russland in einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges norwegische Offshore-Gasinfrastrukturen angreifen und sabotieren könnte, zumal die russische Spionage der kritischen Offshore-Gasinfrastrukturen in 2022 stark zugenommen hat.

So ist Norwegen zusammen mit den USA zum größten Gaslieferanten Europas aufgestiegen und hat seine Gasexporte infolge des russischen Gasstopps in 2022 noch einmal bis an das maximale Exportniveau erhöht. Ab 2027 droht jedoch ein Rückgang der Gasexporte, die dann nicht mehr in einem weiteren Krisenfall gesteigert werden können. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung für die gesamte europäische Gasversorgung einen solidarischen Kapazitätssicherheitspuffer von rund 30 bcm pro Jahr eingeplant und wird somit auch ihrer Rolle als Gashub mit dem größten nationalen Gasmarkt in der EU ihrer besonderen energiewirtschaftlichen und geopolitischen Rolle für die europäische Gasversorgungssicherheit gerecht. Insofern sind dann auch die deutschen LNG-Importterminalkapazitäten keineswegs überdimensioniert. Zudem sollten die festen Onshore-LNG-Importterminals auch kurzfristig umrüstbar auf Wasserstoffimporte sein, während die deutschen Gasimporteure sich in ihren neuen LNG-Importverträgen die Möglichkeit offenhalten, nicht mehr benötigte Vertragsmengen auf den globalen Spotmärkten kurzfristig verkaufen zu können, wie dies weltweit inzwischen üblich geworden ist.

Strategische Perspektiven

Ein anderes Szenario – wie von Russland gegenüber der Türkei propagiert und offeriert – wäre die Nutzung der Türkei als noch wesentlich größere Gasdrehscheibe mit erweiterten russischen Gaslieferungen als Hintertür der EU, indem noch mehr russisches Gas in die Türkei und von dort aus als „türkisches Gas“ in die EU exportiert wird. In diesem Fall hat Russland aber noch weniger ein kommerzielles und geopolitisches Interesse, seine zuvor gebuchten Kapazitäten für die NS-1-Verbindungspipelines von Opal und Eugal aufzugeben und zu verkaufen, da damit größere deutsche LNG-Importmengen für die

europäischen Nachbarstaaten über diese beiden Pipelines blockiert wären und begrenzt blieben. Unter diesen Umständen könnte dann Deutschlands seinen kommerziellen und politischen Energiesolidaritäts-Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen. Dies könnte dann auch zu einer neuen Gaskrise in Zentral- und Ostmitteleuropa, aber auch der Ukraine und Moldawiens führen. Spätestens dann wäre Deutschland gezwungen, auch die Pipelines und ihre Kapazitätsmengen zu verstaatlichen, um das Prinzip der Energiesolidarität einzuhalten, die Gasversorgungssicherheit anderer europäischer Länder zu gewährleisten und Russlands Nutzung seiner Gaswaffen sowie damit verbundenen politischen Erpressungsmöglichkeiten erneut zu verhindern.

Anmerkungen/Literatur

- [1] Vgl. F. Umbach: Erdgas als Waffe. Der Kreml, Europa und die Energiefrage. Buchessay, Berlin, März 2022.
- [2] Zu den ursprünglichen Plänen über den Aufbau von LNG-Importinfrastrukturen in 2017-2019 siehe F. Umbach: Dynamiken auf dem globalen LNG-Markt und strategische Perspektiven für den LNG-Import in Deutschland und Europa, *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 69. Jg. (2019), Heft 9, S. 54-60.
- [3] Vgl. N. Höhne/M. Marquardt/H. Fekete: German LNG Terminal Construction Plans are massively oversized, New Climate Institute, Cologne, December 2022.
- [4] Vgl. A. M. Jaller-Makarewicz: Europe's LNG Strategy Flawed, by 2030 60% will be Stranded Assets, IIEFA, London 22.3.2023.
- [5] Vgl. BMWK: Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums zu Planungen und Kapazitäten der schwimmenden und festen Flüssigerdgasterminals, Berlin, 3.3.2023 (https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/20230303-Lng-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6).

*Dr. F. Umbach, Forschungsleiter/Head of Research, European Cluster for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS)/Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS), University of Bonn; Executive Advisor, ProventisPartners, München; NATO-Consultant for Energy and Climate Security
fraumbach@aol.com*